## S 7 AL 283/02

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 10 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 AL 283/02 Datum 24.11.2004

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 AL 510/04 Datum 10.05.2005

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Berufung des KlĤgers wird das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 24.11.2004 sowie der Bescheid vom 09.04.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2002 aufgehoben.

- II. Die Beklagte hat dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten beider Rechtszüge zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Aufhebung der Bewilligung von Arbeitslosenhilfe (Alhi) wegen Eintritts einer Sperrzeit von 6 Wochen.

Der 1950 geborene Kläger bezog nach Erschöpfung des Anspruches auf Arbeitslosengeld (Alg) seit 23.06.1998 mit kurzen Unterbrechungen durch eine berufliche Tätigkeit sowie den Bezug von Unterhaltsgeld Alhi (zuletzt aufgrund des Bescheides vom 02.11.2001).

Mit Schreiben vom 20.03.2002 bot die Beklagte dem KlĤger eine am 08.04.2002 beginnende, achtwĶchige TrainingsmaÄ∏nahme des ArbeitsfĶrderungszentrums

S. eV (AfZ)  $\hat{a}_{\square}$  versehen mit zwei Rechtsfolgenbelehrungen R1 und R2  $\hat{a}_{\square}$  an. WA¤hrend der MaA $_{\square}$ nahme kA¶nne Alg bzw Alhi weitergezahlt und weitere Kosten kA¶nnten A½bernommen werden.

Die Teilnahme lehnte der Kläger mit Schreiben vom 27.03.2002 ab. An dieser TrainingsmaÃ∏nahme habe er schon mehrmals teilgenommen und er könne wegen seiner Kreuzschmerzen nicht den ganzen Tag sitzen. Er bat um einen Arbeitsplatz "auf dem Band".

Laut eines Vermerkes der Beklagten hätten â∏ was den Kläger bereits mitgeteilt worden sei â∏ bei der Teilnahme an der MaÃ∏nahme seine gesundheitlichen Einschränkungen berücksichtigt werden können. Diese MaÃ∏nahme wäre zur Abklärung der Leistungsfähigkeit des Klägers erforderlich gewesen.

Die Zahlung von Alhi stellte die Beklagte ab 09.04.2002 vorlĤufig ein.

Mit Bescheid vom 09.04.2002 (128 AA-A) stellte die Beklagte den Eintritt einer Sperrzeit von 6 Wochen (09.04.2002 bis 20.05.2002) fest. Ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Teilnahme an der MaÃ□nahme habe nicht vorgelegen.

Den Widerspruch hiergegen begründete der Kläger damit, er brauche Arbeit, keinen Lehrgang.

Mit Widerspruchsbescheid vom 29.05.2002 wies die Beklagte den Widerspruch zur $\tilde{A}^{1}$ /4ck. Die Einnahme wechselnder K $\tilde{A}$ ¶rperhaltungen w $\tilde{A}$ ¤hrend des Unterrichts w $\tilde{A}$ ¤re m $\tilde{A}$ ¶glich gewesen. Erg $\tilde{A}$ ¤nzend  $\hat{a}$  so die Beklagte in der Begr $\tilde{A}^{1}$ /4ndung des Widerspruchsbescheides  $\hat{a}$  werde die Bewilligung von Alhi f $\tilde{A}^{1}$ /4r die Zeit vom 09.04.2002 bis 20.05.2002 aufgehoben. Der Kl $\tilde{A}$ ¤ger habe grobfahrl $\tilde{A}$ ¤ssig nicht gewusst, dass der Anspruch auf Alhi ruhe.

Mit seiner zum Sozialgericht Wýrzburg (SG) erhobenen Klage begehrt der Kläger die Aufhebung der angegriffenen Bescheide.

Nach Angabe der vom SG uneidlich vernommenen Mitarbeiterin der Beklagten, Frau J., habe mit der MaÄ nahme die IntegrationsfÄ higkeit des KlÄ gers hinsichtlich seiner gesundheitlichen EinschrÄ nkungen festgestellt werden sollen. Wechselnde KĶrperhaltungen wÄ ren ohne Weiteres mĶglich gewesen. Dies sei auch dem KlÄ ger klar dargestellt worden.

Das SG hat mit Urteil 24.11.2004 die Klage abgewiesen. Trotz Belehrung  $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Rechtsfolgen habe der Kl $\tilde{A}$  $^{1/4}$ ger die Teilnahme an der Trainingsma $\tilde{A}$  $^{1/4}$ nahme abgelehnt, ohne hierf $\tilde{A}$  $^{1/4}$ r einen wichtigen Grund zu haben.

Dagegen hat der KIĤger Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt.

Der KlĤger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Wþrzburg vom 24.11.2004 sowie den Bescheid vom 09.04.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2002 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des SG fýr zutreffend.

Zur ErgĤnzung des Tatbestandes wird auf die beigezogene Akte der Beklagten sowie die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung (§Â§ 143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG -) ist zulässig und auch begrÃ⅓ndet. Das Urteil des SG WÃ⅓rzburg ist ebenso aufzuheben wie der Bescheid vom 09.04.2002 idG des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2002. Eine Sperrzeit von 6 Wochen ist nicht eingetreten.

Eine Aufhebung der Bewilligung von Alhi gemäÃ∏ § 48 Abs 1 Satz 2 Nr 4 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) iVm § 330 Abs 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) kann nicht erfolgen, denn eine wesentliche Ã∏nderung ist nicht eingetreten. Der Anspruch auf Alhi ruht nämlich nicht (§ 198 Abs 1 S 1 und 2 Nr 6, 144 Abs 1 Nr 3 SGB III). Dabei kann offen gelassen werden, ob es ausreichend ist, die Bewilligungsentscheidung im Rahmen des Widerspruchsbescheides â∏ und auch dort lediglich nebenbei in der Begründung zum Eintritt der Sperrzeit â∏ aufzuheben, und ob der Kläger über die Rechtsfolgen zutreffend belehrt worden ist, nachdem auf dem Angebot einer TrainingsmaÃ∏nahme sowohl die Rechtsfolgenbelehrung R1 wie auch die Rechtsfolgenbelehrung R2 angekreuzt waren.

Eine Sperrzeit ist nicht eingetreten, denn dem KlĤger ist im Angebot der Trainingsma̸nahme nicht verbindlich zugesagt worden, welche Leistungen ihm bei der Teilnahme dem Grunde nach zustehen. Eine Sperrzeit kann nur eintreten, wenn dem Arbeitslosen verbindlich schriftlich bezeichnet worden ist, welche Leistungen ihm bei der Teilnahme an einer bestimmten Ma̸nahme auf Antrag dem Grunde nach zustehen (vgl BSG SozR 3-4100 § 119 Nr 4). Die Beklagte muss Leistungen zusagen, die von ihr zu erbringen sind. Es liegt auf der Hand, dass der Arbeitslose beim Angebot der Ma̸nahme darüber unterrichtet werden muss, welche FA¶rderungsleistungen in Aussicht stehen; denn ohne vorherige Unterrichtung ist eine Beurteilung der (finanziellen) Zumutbarkeit der Ma̸nahme durch den Arbeitslosen überhaupt nicht möglich. Die â∏ unverbindliche â∏∏ Unterrichtung kann dabei nicht ausreichen; denn sie gewĤhrleistet nicht, dass der Arbeitslose diese Förderungsleistungen auch erhält, wenn er an der MaÃ∏nahme teilnimmt (BSG SozR 3-4100 § 119 Nr 1). Diese zu § 119 Arbeitsfå¶rderungsgesetz ergangene Rechtsprechung ist auch auf å§ 144 Abs 1 Nr 3 anwendbar (vgl hierzu Niesel, SGB III, 2.Aufl, § 144 RdNr 73; Winkler in: Gagel, SGB III § 144 RdNr 209, Stand: Januar 2005; Valgolio in: Hauck/Noftz, SGB III, § 144 RdNr 133, Stand V/04; Voelzke in Spellbrink/Eicher, Kasseler Handbuch des Arbeitsfå¶rderungsrechts S 847, RdNr 329).

Vorliegend hat die Beklagte lediglich dem KlĤger mitgeteilt, dass Alg bzw Alhi oder

auch andere Leistungen von ihr erbracht werden können. Damit hat sie jedoch die Leistungen nicht konkret zugesagt, vielmehr ist der Begriff des "Könnens" ein Hinweis darauf, dass hinsichtlich der Leistungspflicht ein Ermessen besteht, das noch nicht endgýltig zugunsten des Klägers ausgeýbt wurde. Damit kann der Kläger nicht erkennen, welche Leistungen er bei Antritt der MaÃ $\square$ nahme zu erwarten hat. Unter Berýcksichtigung der Ausführungen der Rechtsprechung wie auch der Literatur ist daher nicht von einem zumutbar unterbreiteten Angebot auszugehen. Dem Kläger ist aufgrund des Angebotes nicht bekannt, welche Leistungen ihm bei einer Teilnahme dem Grunde nach zustehen. Eine unverbindliche Unterrichtung über die möglichen Leistungen reicht nicht aus (vgl Voelzke aaO). Auf den Inhalt der MaÃ $\square$ nahme und die gesundheitlichen Beeintr $\square$ achtigungen des Kl $\square$ agers ist deshalb nicht einzugehen.

Eine Sperrzeit ist somit nicht eingetreten. Eine Teilnahme an der Ma̸nahme war dem Kläger nicht zumutbar, denn ihm ist eine Förderung nicht definitiv zugesagt worden.

Nach alledem ist das Urteil des SG Wýrzburg sowie der Bescheid vom 09.04.2002 idG des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2002 aufzuheben. Der Kläger hat somit fþr die Zeit vom 09.04.2002 bis 20.05.2002 Anspruch auf Alhi aufgrund der Bewilligungsbescheides vom 02.11.2001.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde, die Revision gemÃ $\frac{x}{4}$  § 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 26.07.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024